

Das hohe "C" wieder lauter singen

Podiumsdiskussion der Kolpingfamilie zum Thema Christlichkeit in Parteien und Verbänden

Bensheim. Im Mai 2003 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das christliche Fundament der Unionsparteien abgeklopft: 73 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die CDU/CSU den namensgebenden Bezug auf christliche Werte nicht in ihre politische Handlungsweise einfließen lässt. Das hohe "C" ist ein Buchstabe mit großem Verantwortungswert, aber zweifelhaftem Charakter. Sein Vorkommen scheint nicht unmittelbar an persönliche oder kollektive Überzeugungen gekoppelt; eine Deckungsgleichheit von religiösem Anspruch und praktischer Umsetzung kein zwangsläufiges Phänomen.

Ein äußeres Zeichen des gesellschaftlichen Identifikationsschwundes ist die rar gewordene Gottesformel bei politischen Vereidigungen. Die Präambel des Grundgesetzes bezieht sich dagegen ausdrücklich auf Volkes "Verantwortung vor Gott und den Menschen". Die Veranstaltung der Kolpingfamilie drehte sich auch, aber nicht nur um Anspruch und Wirklichkeit in der Christlich Demokratischen Union. "Wie wichtig ist das C?", wollte Moderator Egon Straub am Mittwoch im Kolpinghaus von seinen Diskussionspartnern wissen. Ist das christliche Kulturgut im Rahmen eines tendenziellen Werteverfalls gänzlich aus dem Blick geraten und zur öffentlichkeitsscheuen Privatsache geworden?

Historisches Fundament

"Kirche darf sich aus der Politik nicht heraushalten", sagt Thomas Domnik vom Bischöflichen Ordinariat in Mainz. Außer dem Anprangern von Missständen sei es eine wesentliche Aufgabe, Lösungsansätze in den öffentlichen Entscheidungsprozess einzubringen und zu vertreten. Eine Renaissance des Missionsgedankens hält Domnik für den richtigen Weg: Die forcierte Neu-Evangelisierung der Gesellschaft müsse auch die politischen Parteien christlicher Prägung zu einer offensiven Wertediskussion veranlassen: "Die Politiker sollten ihr christliches Menschenbild nicht nur im Herzen, sondern auch auf Zunge und Stirn tragen".

Fast schon eine Charakterisierung von Dr. Christean Wagner: Der CDU-Fraktionschef im Hessischen Landtag ist ein leidenschaftlicher Kämpfer für die Verzahnung von Staat mit christlichen Wertmaßstäben. "Die CDU vertritt das C oft deutlicher als manche kirchliche Vereinigung", ist Wagner (evangelisch) vom religiösen Unterbau seiner meisten Parteikollegen überzeugt. Das historisch gewachsene Fundament einer christlich-abendländischen Gesellschaft könne nicht einfach verneint werden, zumal der Staat selbst von seiner Bindung an das Religiöse existiere: "Es gibt Voraussetzungen, die Politik nicht schaffen kann", meint Wagner jene ethisch-moralischen Grundlagen, die christliche Parteien in eine konsequente Handlungsweise leiten sollten.

Die Folgerung: Konfessioneller Religionsunterricht an staatlichen Schulen und der Schutz des heiligen Sonntags als Ausdruck einer inneren Überzeugung, die essentielle Moralfragen von selbst beantwortet - etwa die Ablehnung aktiver Sterbehilfe und der Präimplantationsdiagnostik an frühen Embryonen. "Der Staat kann

nur die vorletzten Dinge regeln, die letzten regelt Gott", fordert Wagner eine Rückbesinnung auf christliche Werte und das Ende einer "defensiven Kirche", die eigene Standpunkte und - trotz religiöser Toleranz - wesentliche Glaubensunterschiede wieder stärker betonen müsse.

Für Dr. Hubert Wissing, gesellschaftspolitischer Referent beim Kölner Kolpingwerk, steht fest: Die Politik ist auf einen religiösen Bedeutungs-Vorrat angewiesen. "Das C hängt aber von den handelnden Personen ab", definiert Wissing den christlichen Politiker als verantwortungsvollen Akteur mit authentischer Überzeugung. Damit das hohe C wohl klingen kann, müsse es zunächst einmal gesungen werden. Insofern wird der Glaube eines Menschen durch kein Glaubensbekenntnis, sondern allein durch die Beweggründe seiner gewöhnlichen Handlungen festgestellt.

Thomas Domnik bringt es auf den Punkt: Wenn die Politik dem Menschen dient, dann ist sie gleichsam ein Gottes-Dienst und als Maßstab einer politischen Handlungsmaxime - mit oder ohne "C" - hochwertig. tr

© Bergsträßer Anzeiger - 10.03.2006